

Weg mit den Straßenbeiträgen

Auch wenn es in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden ist um die „Straßensteuer“, das Thema beschäftigt die Menschen. Die Besorgnis, dass demnächst weitere Belastungen kommen, hält an. Auf Landesebene gibt es einige Bewegung. Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Druck vieler Bürgerinitiativen in Hessen (vor allem auch aus unserer Stadt) zeigen Wirkung.

Auch die SPD hat jetzt einen Gesetzentwurf im Landtag zur vollständigen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen eingebracht.

DIE LINKE. hatte dazu bereits im Januar dieses Jahres einen Gesetzestext vorgelegt, der in der Landtags-Anhörung im April von Betroffenen, Bürgerinitiativen sowie einer Vielzahl von Kommunen unterstützt wurde. Die den Gemeinden und Städten entgehenden Mittel sollen dabei aus Landesmitteln ausgeglichen werden. Für uns ist es von besonderer Bedeutung, die Menschen, die gegenwärtig mit zum Teil hohen fünf- oder gar sechsstelligen Beiträgen zur Finanzierung bei Straßensanierungen herangezogen werden, von diesen Beiträgen zu befreien.

Der jetzt ebenfalls vorliegende Gesetzentwurf von CDU, Grünen und der FDP lässt erahnen, was Hessen nach der Landtagswahl im Oktober drohen würde. Man macht es sich mit der vorgesehenen Neuregelung einfach und lässt die Menschen mit einmaligen oder wiederkehrenden Straßenbeiträgen weiter allein.

Für unsere Stadt erwarten wir, dass nach einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes, eine sofortige Aufhebung der Straßenbeiträge für Mörfelden-Walldorf erfolgt.

Wir wollen, dass das Stadtparlament den Beschluss vom Dezember 2017, hier wurden die Straßenbeiträge von SPD, Freien Wählern, FDP und CDU beschlossen, ohne dass Straßenbeiträge auch nur ein einziges Mal erhoben wurden, rückgängig macht. Die Menschen vor Ort müssen entlastet werden.



Druckaufrechterhalten

Wir schreiben diese Zeilen, kurz bevor der Landtag über die Straßenbeiträge diskutiert. Die hessenweite Bürgeraktion „Straßenbeitragsfreies Hessen“ hatte in einem offenen Brief an CDU, Bündnis90/Die Grünen und an die FDP noch einmal gefordert, das umstrittene Gesetz ganz abzuschaffen und den Kommunen entsprechende Finanzmittel bereit zu stellen. Derzeit wird wieder verstärkt in den Medien über Betroffene berichtet. Damit wird weiterhin deutlich, wie ungerecht Straßenbeiträge bleiben!

Durch die Arbeit der Bürgerinitiativen ist viel Diskussion entstanden und selbst die SPD musste sich jetzt auch noch in letzter Minute dazu verhalten und einen eigenen Gesetzentwurf einbringen, nachdem sie lange abgewartet hat.

Die Abschaffung der Straßenbeiträge bleibt also weiterhin ein wichtiger Punkt im Landtagswahlkampf.

Die Bürgerinitiativen fordern, dass die Straßenbeiträge aus dem hessischen Kommunalabgabengesetz (KAG) und aus der hessischen Gemeindeordnung (HGO) gestrichen werden. Die Einnahmeausfälle sind den Kommunen in geeigneter Form aus Landesmitteln zu erstatten.

Deutsche Militärausgaben so hoch wie seit fast 20 Jahren nicht

Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI errechnete für 2017 die Militärausgaben der Nationalstaaten und ermöglicht zudem, Steigerungsraten und Ausgabenkürzungen über die Jahre zu vergleichen, indem sie inflationsbedingte Verzerrungen heraus rechnet. Daraus ergeben sich für 2017 sehr bemerkenswerte Erkenntnisse: Die deutschen Militärausgaben waren mit 43,023 Mrd. Dollar (2017) zuletzt im Jahr 1999 höher. Von 2014 bis 2017 sind sie um 11,2 Prozent gestiegen. 2014 betragen sie 38,705 Mrd. US-Dollar. Das heißt: Die Bundeswehr ist auf Aufrüstungskurs.

Wir sind darüber entsetzt, dass dieser Aufrüstungskurs beschleunigt fortgesetzt werden soll: Finanzminister Scholz will 5,5 Mrd. Euro mehr und Verteidigungsministerin von der Leyen sogar 12 Milliarden Euro mehr bis 2021 ausgeben, als die Pläne der alten „GroKo“ vorsahen.

Angesichts des folgenden Faktus ist das eine törichte Politik: Russland hat seine Militärausgaben von 69,3 Mrd. (2016) auf 55,3 Mrd. Dollar (2017) gesenkt. Das sind exakt 20% weniger! Russland belegt damit weltweit nur noch Platz 6 (hinter den USA, China,

Saudi-Arabien, Indien und Frankreich) nach Platz 3 im Jahr 2016. Der russische Präsident hat angekündigt, auch 2018 und 2019 die Rüstungsausgaben weiter senken zu wollen. Wer angesichts dieser Tendenz weiterhin Russland Kriegsabsichten gegen NATO-Länder unterstellt, für Aufrüstung gegen Russland trommelt, NATO-Manöver in Ost- und Südeuropa abhält und Sanktionen gegen Russland aufrecht erhält, erhöht die Spannungen, obwohl die russischen Signale als Entspannungsversuch zu werten sind.

Große und kleine Politik gehören zusammen. Wenn oben das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es unten in der Kommune!

Die DKP und der „blickpunkt“ beteiligen sich an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Unterschriftslisten, Materialien und weitere Infos gibt es hier: www.abruesten.jetzt oder bei: Gerd Schulmeyer, Tel.23366

Die SPD macht mit

Die Bundeswehr ist auf Kurs zur stärksten Militärmacht in Europa. Ab 2019 geht es erst richtig los: SPD-Finanzminister Scholz plant bis zum Ende der Legislaturperiode der Großen Koalition 5,5 Milliarden mehr für die Bundeswehr ein. Doch der Verteidigungsministerin reicht das nicht: Sie will 2019 eine zusätzliche Erhöhung ihres Etats um 3 Milliarden Euro, 2020 zusätzlich vier Milliarden und 2021 fünf Milliarden mehr. Insgesamt also 12 Milliarden mehr.

Auch der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) ist der Meinung, dass die „Bundeswehr planbar zu deutlich mehr Geld kommen“ muss. Beschworen wird dabei einmal mehr die „Gefahr aus dem Osten“ und das

Bild einer „nicht einsatzbereiten“ Schrott-Armee. Da fragt man sich doch, wofür die bisherigen x-fachen zig-Milliarden für Militär und Rüstung ausgegeben wurden.

Gabriel geht in die Wirtschaft

Er hatte in der Bundespolitik die höchsten Ämter inne, nun will er in die Wirtschaft. Sigmar Gabriel wird eine Stelle im Verwaltungsrat der neuen Zug-Allianz von Siemens und Alstom antreten. Das geht aus einer Mitteilung des ehemaligen SPD-Vizekanzlers hervor.

Auch der ehemalige Wirtschaftsminister von NRW, Garrelt Duin (SPD), bekam gut 7 Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Amt eine Führungsposition bei ThyssenKrupp.

Jörg Cezanne, MdB

Fraktion „Die Linke“



Ohne Druck von unten ändert sich nichts

Die Regierung ist in einer bequemen Situation. Die Steuereinnahmen sind hoch. Sie könnte sich Geld für Investitionen leihen, ohne dafür Zinsen zahlen zu müssen. Sie hätte alle Chancen, Deutschland zu einem gerechteren Land zu machen. Aber was machen CDU und SPD? Trotz eines Nachholbedarfs von 120 Milliarden Euro für Investitionen in Schulen, Brücken, Breitband-Internetverbindungen oder Busse und Bahnen bleiben diese Ausgaben auf dem jetzigen kläglichen Niveau. Die Haushaltspolitik der Regierung gleicht dem Besitzer einer Currywurstbude, der die Stehtische verkauft, an der Soße spart und sich dann wundert, dass er kein Geld mehr verdient.

Waffen und Kriegsgeräte sind der Koalition von CDU und SPD offensichtlich mehr wert als die Kinder in diesem Land. Denn während für bessere Kitas 3,5 Milliarden Euro aufgewendet werden, sollen die Rüstungsausgaben um mindestens 5,5 Milliarden Euro steigen. Ginge es nach der Verteidigungsministerin sogar um 12 Milliarden Euro.

In Seniorenheimen und Krankenhäusern fehlen 110.000 Stellen für Pflegekräfte. Die Bundesregierung will in vier Jahren ganze 8.000 neue Stellen schaffen. Diese werden an den schlimmen Zuständen in vielen Pflegeheimen nicht das Geringste ändern.

Alle Umfragen belegen: Eine Mehrheit der Menschen wünscht sich mehr sozialen Ausgleich. Sie fordert eine Besteuerung großer Vermögen. Sie will keine Aufrüstung, sondern Investitionen in die Zukunft. Ohne Druck von unten werden sich die Interessen dieser Mehrheit nicht durchsetzen!



„Die Feuerwehr geht in die Offensive“, war in einer örtlichen Zeitung zu lesen. Um was geht es?

Man diskutiert, wie es mit den Gerätehäusern der beiden Feuerwehren weitergeht? Soll man Vorhandenes sanieren oder zusammenlegen und an einem neuen Standort bauen?

Nun soll offenbar im Stadtparlament bald entschieden werden.

Man muss sich dem Thema ruhig und sachlich nähern, die Argumente prüfen.

Man muss vor allem den beiden Feuerwehren gut zuhören. Ihre Aussage hat besonderes Gewicht.

Sicher mit zwei Standorten

Mit einer „Bürgerinformation“ bezieht die Feuerwehr klar Position für die Beibehaltung von zwei Gerätehäusern. Man belegt, dass kurze Wege von zwei Standorten aus einen effektiven und flächendeckenden Brandschutz gewährleisten. Außerdem komme die Sanierung beider Feuerwachen merklich günstiger als ein zentraler Neubau.

In der „Bürgerinformation“ betrachtet man auch die Argumente der „Neubau-Befürworter“. Hier heißt es:

Warum fordern die Freien Wähler die Zusammenlegung der Standorte?

Die Freien Wähler sehen in einer Zusammenlegung vor allem die Möglichkeit, Kosten zu sparen.

Fakt ist, dass eine Kostenersparnis bei allen vorliegenden Kalkulationen nicht ersichtlich ist. Im Gegenteil: Eine Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude ist günstiger als ein

zentraler Neubau, der auch hauptamtliche Personalkosten von bis zu 2 Mio. Euro jährlich (!) verursacht.

Auch behaupten die Freien Wähler, dass ein zentraler Standort kürzere Wege mit sich bringt.

Fakt ist, dass ein zentraler Standort erheblich längere Anfahrtswege verursacht. Eine ehrenamtliche Feuerwehr kann die Hilfsfristen dann nicht mehr halten.

Eine räumliche Konzentration würde die Fahrzeuge schneller ausrücken lassen, da sie zügiger besetzt werden könnten, so die Freien Wähler.

Fakt ist, dass aufgrund der längeren Anfahrt eine Erstbesetzung bei einem zentralen Standort länger dauert. Eine zügige Besetzung des Erstfahrzeugs ist bei zwei Standorten hingegen jederzeit gewährleistet.“

Verantwortliche der Feuerwehr sagen:

Die Feuerwehr in unserer Doppelstadt ist, auch im Vergleich zu anderen Wehren, überdurchschnittlich gut aufgestellt.

Der Brandschutz ist durch die ehrenamtlichen Feuerwehrleute in jeder Hinsicht gewährleistet und die Vereine leisten effektive Nachwuchsarbeit.

Braucht Mörfelden-Walldorf eine Berufsfeuerwehr?

Die Antwort: Nein! Die beiden Einsatzabteilungen sind für die vor uns liegenden Jahre gut gerüstet und wir werden, sofern wir beide Standorte halten, keine hauptamtlichen Kräfte benötigen. Ein anderes Bild würde

sich im Falle der Zusammenlegung zeigen. Im Falle einer Zusammenlegung wäre mit einem Rückgang von 30% der Feuerwehrleute zu rechnen. Losgelöst von diesem Rückgang könnte der Brandschutz aufgrund der gesetzlichen Hilfsfristen nur noch durch zusätzliche hauptamtliche Kräfte sichergestellt werden.

Die Feuerwehren kümmern sich intensiv um die Jugendarbeit. Diese Arbeit bildet die langjährige Grundlage für den ehrenamtlichen Brandschutz. Nahezu alle Jugendlichen treten später in die Einsatzabteilungen ein und werden aktive Feuerwehrleute. Noch gibt es keine Nachwuchssorgen. Momentan kann man zeitweise keine neuen Kinder aufnehmen und das sogar bei zwei Jugendwehren. Hier ist man gerade dabei, nach Lösungen zu suchen, um mehr Kindern die Mitarbeit zu ermöglichen.

Auf die Feuerwehr hören!

Die Diskussion um das Thema ist wichtig. So wie das Thema wichtig ist. Jeder, der schon einmal auf Hilfe angewiesen war, kann mitreden. Es wäre gut, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger einmischen. Die Feuerwehren haben mit der gewachsenen Stadt, der nahen Autobahn und den Industriegebieten rasant gewachsene Aufgaben. Das sollten die Freien Wähler bedenken, die nicht zu Ende gedachte Vorschläge auf den Tisch legten und mit der Koalition durchsetzen wollen. Auch der Bürgermeister - der in der Presse die Feuerwehr-Argumente als „teilweise falsche und grenzwertige Aussagen“ bezeichnete - hätte sich besser zurückgehalten.

Niemand kann sagen, ob es in Zukunft irgendwann in unserer Stadt eine Berufsfeuerwehr geben wird. Mit der Stärkung der gewachsenen Strukturen in den Stadtteilen ist diese teure Variante ganz sicher vermeidbar.

Die Orientierung auf ein zentrales Feuerwehrgerätehaus stellt diese Strukturen in Frage. Deshalb sind alle Stadtverordneten gut beraten, wenn sie die Argumente der Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren ernst nehmen und bei der Beratung und Beschlussfassung über die Zukunft der Feuerwehrgerätehäuser bedenken.



Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:

1. Mai in Osaka

Auch in Japan fanden um den 1. Mai herum zahlreiche Demonstrationen statt. Vorsichtige Schätzungen gehen von 150.000 Demonstranten auf über 300 Demonstrationen aus. Auch die Forderungen sind ähnliche wie bei uns. Es geht um kürzere Arbeitszeiten und bessere Tarifabschlüsse. Sieht man sich die Zahlen allerdings genauer an, gerät man ins Staunen. Die Einführung eines 8-Stundentages, maximal 15 Überstunden pro Woche und ein Anheben des Lohnes von Bauarbeitern, deren Verdienst 25% hinter vergleichbaren Berufen hinterher hinkt. Das alles auch, um „Karoshi“ (den Tod durch Überarbeitung) einzudämmen, der in Japan zum traurigen Alltag gehört. Die Japaner*innen skandierten ihre Argumente auf den verschiedenen Demonstrationen in einem Zeitraum von zwei Wochen, zwischen Ende April und Anfang Mai. Der erste Mai ist in Japan, so wie viele andere nationale und internationale Gedenktage auch, kein gesetzlicher Feiertag. Dass

Japan trotzdem die meisten Feiertage aller Industrienationen hat, nämlich 16, liegt an den vielen an den Shintoismus und die japanische Folklore angelehnten Feiertagen. Auch beim Urlaubsanspruch muss sich Japan theoretisch nicht verstecken, mit einem Schnitt von 20 Tagen.

Behalten wir jetzt allerdings im Hinterkopf, dass es weder eine geregelte 5-Tage-Woche, noch den 8-Stundentag gibt und sehen uns die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse an (2016: 20% bei Männern, 55% bei Frauen), so erscheint es logisch, dass kaum jemand in Japan die Urlaubstage ausschöpft. Im Gegenteil; der Druck durch Vorgesetzte und die Angst, den Arbeitsvertrag nicht verlängert zu bekommen, treibt die Menschen bis zum Äußersten. Sind die Forderungen der japanischen Arbeitnehmer*innen also gerechtfertigt? Allemaal. Vielmehr gehen sie gar nicht weit genug. Ist das ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen? Wir sagen: Nein. Die aufgeführten Verhältnisse in Japan können schnell auch bei uns Alltag werden, wenn wir nicht jedes Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer*innen verteidigen und uns gegen den ständigen „Optimierungszwang“ wehren.



1. Mai-Demo: Die Gewerkschaft der Lehrer in Osaka (Osaka Education Joint Labor Union). Auf dem Transparent: Auch wenn wir alle verschieden sind - lasst uns zusammen leben.

Veranstaltungen

Der 200. Geburtstag von Karl Marx wurde in fast allen Ländern der Welt nicht vergessen.



Es gibt auch bei uns in Deutschland ungezählte neue Veröffentlichungen, Filme und noch im ganzen Jahr Veranstaltungen. So auch am 8. Juni in der Villa Herrmann in Ginsheim-Gustavsburg. Bruno Kern wird dort auf Einladung der Linken im Kreis Groß-Gerau aus seiner Schriftensammlung „Der kleine Marx“ lesen.

Am 14. Juni liest Kern im KuBa in Mörfelden aus seiner Marx-Biografie. „Ich möchte die Leute auf den Geschmack bringen und zeigen, dass Marx-Texte wunderbar formuliert und sehr unterhaltsam sind“, so Kern. „Marx hat auch heute noch etwas zu sagen“, meint der promovierte Theologe und ehemalige Dominikaner-Mönch Bruno Kern. „Schauen Sie sich an, was gerade in Deutschland und in der Welt passiert. Man hat Karl Marx zwar in der 90er-Jahren für überholt erklärt. Doch wir sehen heute, dass das falsch war“, sagt der in Wien geborene Verleger und Autor, der seit 1990 in Mainz lebt und arbeitet.

Sache gibt's

In der Zeit, wo überall über Marx geredet wird, wo Bücher und neue Denkmäler entstehen, gibt es aus unserer Stadt eigentlich nur blamables zu berichten.

Am 25. Oktober 1983 wurde in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag der SPD beschlossen, u.a. eine Marx-Eiche zu setzen.

Sie wäre jetzt 35 Jahre alt und wahrscheinlich ein stattlicher Baum - aber sie ist nirgends zu finden.

Offenbar hat man die Sache im Rathaus vergessen oder sabotiert.

Sind wir mal friedlich: Auch im Herbst kann man Bäume setzen. Vielleicht wird's ja dieses Jahr noch was.

Wer Ideen und Vorschläge hat oder beim „blickpunkt“ mitwirken will, kann sich gerne melden.

„Ami go home“ an der Mörfelder Burg

Die Langgasse in Mörfelden. An der Doppelkurve wurden kürzlich Informations- und Gedenktafeln enthüllt (wir berichteten).

Gefragt wurde, was war da früher? Mörfelden war nie ein reicher Ort. Es gab und gibt nur wenige stattliche Fachwerkhäuser, große Zeugnisse der Vergangenheit fehlen. Vor allem

aber: manches Gebäude mit historischen Bezügen, das zu restaurieren gewesen wäre, ist in der jüngeren, noch erlebten Vergangenheit abgerissen worden. Zu den kurzerhand geschleiften Baulichkeiten gehörte auch diese Bauanlage im Bereich der S-Kurve der Langgasse.

Dort gab es einst eine „Burgk und Schenkstatt“, die aus der kaiserlichen Wildhube des 8. Jahrhunderts hervorgegangen war. Hier nahm (so heißt es) im Jahre 1014 und nochmals 1016 Kaiser Heinrich II. samt Gefolge Quartier. Später, im 13. Jahrhundert, ist die Wildhube zu einer Wasserburg ausgebaut worden. Sie diente bis in das 16. Jahrhundert als „Grenzveste“ zur Mark Gerau. Wegen wahrschein-



lich in den Bauernkriegen erfolgten Zerstörungen kam es Mitte des 16. Jahrhunderts zu einem Neuaufbau der Burg.

Ein historischer Platz also. Eine heimatverbundene Stadtplanung hätte sie beachtet. Heute steht dort ein ausdrucksloses Betonbauwerk.

1965 schrieb der damalige Gemeindepfarrer Kurt Oeser in das Kirchenbuch u.a.:

„Die Veränderung im Ortsbild wird hier erwähnt, weil ihr im Zuge der Altstadtsanierung wohl das älteste noch bestehende Gebäude zum Opfer fallen soll. Es ist mehr als bedauerlich, daß die letzten Zeugen Mörfelder Ortsgeschichte den Planiergeräten überlassen wurden. Ob in der Verwaltung nur noch Raum für geschichtslose Technokratie und Bürokratie ist?“

Festzug zur Stadioneinweihung.

Das Mörfelder Waldstadion wurde im Jahre 1953 eingeweiht. Am Festzug nahm auch der Posaunenchor teil.

Im Hintergrund ist noch die Losung „AMI GO HOME“ zu lesen.

Mitglieder der FDJ (1939 in Großbritannien gegründet) hatten sie angebracht.



Neue Belastung für die Vereine

Nachdem in den letzten Jahren die Vereinsbezuschung durch die Stadt mehrfach gekürzt wurde, kommt jetzt eine weitere, neue Belastung auf die Vereine zu. Seit Anfang des Jahres greift eine neue Gebührenordnung für die Anmietung von städtischen Räumen.

Das gilt auch für die vielen aktiven ortsansässigen Vereine.

Wenn diese jetzt eine Veranstaltung durchführen oder sich zu einer Versammlung treffen wollen, werden ihnen für das Stellen von Stühlen und Tischen Gebühren berechnet. (Pro

Stuhl werden 0,80 € und pro Tisch 1,- € in Rechnung gestellt).

Bei Großveranstaltungen, wie zum Beispiel einer Fastnachtsveranstaltung, kommen so schnell mehrere hundert Euro pro Veranstaltung auf die Vereine zu.

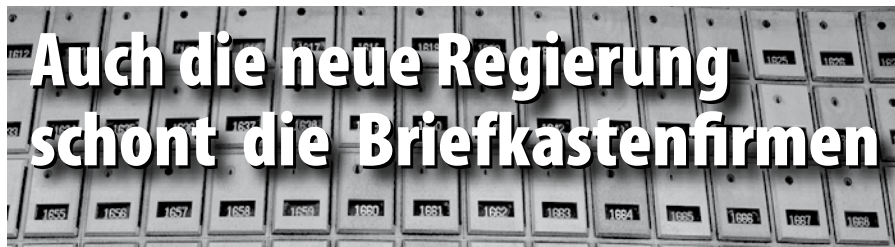
Sollte ein Verein die Bestuhlung und das Tische stellen selbst vornehmen, entfallen die Kosten.

„Manpower“ ist ab sofort gefragt. Das aber ist - neben den anderen, vielfältigen Vereinsaktivitäten - eine zusätzliche neue Belastung. Einige Vereine denken schon darüber nach, künftig Veranstaltungen ausfallen zu lassen. Zusätzliche Arbeiten zu

stemmen, bei immer weniger Ehrenamtlichen, die sich engagieren, ist eine Herausforderung. Für einige kaum noch zu leisten.

Gerade Vereine, die durch das Ehrenamt lebendig sind und die Stadtgesellschaft bereichern, sollte es ein mehr und nicht ein weniger an Unterstützung geben.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.



Auch die neue Regierung schont die Briefkastenfirmen

Als kürzlich der Bundeshaushalt im Bundestag beraten wurde, hörte man es wieder: „Soziales ist uns wichtig“. Schließlich ist Deutschland ein „Sozialstaat“. Wie zur Untermauerung sind die Ausgaben für „Arbeit und Soziales“ auch wieder der größte Einzelplan im Bundeshaushalt (wobei dort auch Gelder enthalten sind, die eigentlich die Unternehmer bekommen, wie z.B. Lohnkostenzuschüsse für Niedriglohnjobs oder Maßnahmen, von denen vor allem Gutverdienende profitieren, wie das Erziehungsgeld). Die Grundregel im Sozialstaat: Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben soll gewährleistet werden. Und zur Finanzierung soll jeder nach seinen finanziellen Möglichkeiten beitragen. Daher auch die Progression im Steuersystem. Der Spitzensteuersatz begrenzt dabei die „Lasten“ für die Vermögenden und Reichen.

Steuerhinterzieher bekommen Fluchthilfe

Soweit die Theorie. Dass es Steuerhinterzieher gibt, wissen wir natürlich auch. Wenn wieder eine Steuer-CD aus der Schweiz angeboten wird, ist das ein Thema. Manchmal erfährt man sogar Namen - wie im Fall Uli Hoeneß. Deutsche Banken wie z.B. die Hamburger Berenberg-Bank leisteten dabei „Fluchthilfe“, haben sich nach Recherchen von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ an Geldwäsche beteiligt und dabei mit „Kunden“ zusammengearbeitet, die in Drogenkriminalität, Schwarzgeldgeschäfte und illegalen Waffenhandel verwickelt sind.

Aber das ist nur die „Schatten“-Seite. Der Normalfall sieht so aus, dass die legale „Steuervermeidungs-Industrie“ inzwischen ein großer Wirtschaftszweig geworden ist. Und hier geht es schon längst nicht mehr darum, den Spitzensteuersatz zu vermeiden, sondern es ist quasi ein Sport

geworden, die Steuern möglichst bis auf Null zu senken (manchen gelingt es sogar, sich bei den Steuern noch zu bedienen, wie bei den „Cum-Ex“-Geschäften).

Konzerne und Superreiche ohne „Steuerlast“

Spätestens seit den „Panama-Papers“, „Paradies-Papers“ und „Lux Leaks“ wissen wir: Konzerne und Superreiche drücken ihre „Steuerlast“ nicht selten auf unter 1%. Durch Steuervermeidung und Steuerflucht gehen den EU-Staaten laut Prof. Richard Murphy jedes Jahr bis zu 1 Billion (das sind 1000 Milliarden!) Euro verloren. Die müssen dann die „normalen“ Steuerbürger wie wir, die solche Möglichkeiten nicht haben, mitbezahlen.

Die öffentlich gewordenen Beispiele von Google, Amazon, Ikea, Starbucks und Co. machen deutlich, dass dabei nicht nur die bekannten „Steueroasen“ (Bahamas, brit. Kanalinseln, Liechtenstein etc.) eine Rolle spielen, sondern oft „ganz normale“ EU-Länder beteiligt sind. So im Fall Google z.B. Irland, die Niederlande und auch Deutschland. Zwischen dort ansässigen Tochterfirmen werden die Gewinne hin und hergeschoben und am Ende liegt das Geld auf den Bermudas und dank „Lizenzgebühren“ ist fast nichts zu versteuern! Der pfiffige Berater, der sich das ausgedacht hat, dürfte ausgesorgt haben.

Und die Gesetzgeber in Deutschland und den anderen EU-Staaten, die das mit ermöglicht haben, wissen nicht nur davon, sie müssen, wie man am Beispiel Irland sieht, teilweise sogar durch massiven internationalen Druck dazu gezwungen werden, hier ein bisschen Einhalt zu gebieten und ihre eigenen Steuereinnahmen zu verbessern!

Auch in Deutschland ist es nicht etwa Bundesfinanzminister Scholz, aber immerhin DGB-Chef Hoffmann, der

die zahlreichen Möglichkeiten der Steuervermeidung anprangert: „Laut EU-Kommission gehen den Staaten europaweit pro Jahr eine Billion Euro wegen Steuervermeidung und Steuerbetrug verloren. Die EU-Staaten schenken damit insbesondere Unternehmen und Wohlhabenden 1000 Milliarden Euro im Jahr.“

Steuermilliarden gehen verloren - was tun die SPD-Minister?

Dieses Geld fehle für Investitionen, etwa in die digitale Infrastruktur, in Schulen oder in bezahlbarem Wohnraum, kritisierte Hoffmann seinen Parteikollegen Scholz. Bisher sieht es allerdings so aus, also ob Scholz sich eher an der Politik seines Amtsvorgängers Schäuble orientiert und an zusätzlichen Steuereinnahmen kein Interesse hat, wenn er dafür die Steuervermeidungsstrategien der Konzerne und Vermögenden angreifen müsste. Das ist ein Skandal!

Gerade gelesen



Der große Ausbruch

Wird Ungerechtigkeit kritisiert, berufen sich ihre Profiteure gern auf die Globalisierung. Da kommt die Untersuchung durch Agnus Deaton gerade recht. Der Wirtschaftsnobelpreisträger 2015, selbst aus ärmsten Verhältnissen stammend, räumt gründlich mit zahlreichen Mythen auf. Sicher, es geht der Menschheit insgesamt so gut wie nie zuvor, doch: „Die Ungleichheit in der Welt ist enorm“. Wie kommt sie zustande? Welche Wechselwirkungen bestehen zwischen Fortschritt und Ungleichheit? Wodurch kann der Lebensstandard weltweit gesteigert werden? In der Diskussion bezieht sich Deaton oft auf die USA, was angesichts der Präsidentschaft von Donald Trump weitere Fragen aufwirft. Am Ende wird klar: Mit dem Klimawandel sowie ungelösten Konflikten zwischen tatsächlichen und aufstrebenden Weltmächten warten weitere Herausforderungen.

Das lesenswerte Buch „Der große Ausbruch“ erschien im Klett-Cotta Verlag, hat 460 Seiten und kostet 26 Euro.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Ryanair ignoriert Nachtruhe Das Nachtflugverbot wird zur Farce

Seit Monaten schon verstößt Ryanair in Frankfurt gegen das Nachtflugverbot. Grund dafür sind die zunehmenden Verspätungen der irischen Billig-Fluglinie. Jetzt wurde berichtet, dass Ryanair im April erneut häufig das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen ignoriert hat und in diesem Monat 40 Mal nach 23 Uhr landete. Zwischen 23 und 5 Uhr gilt am größten deutschen Flughafen ein Nachtflugverbot; Starts und Landungen sind in dieser Zeit nur in Ausnahmefällen zulässig. Die hessische Landesregierung vermutet, vor allem bei den späteren Ryanair-Verbindungen, dass die Verspätungen auf einen zu eng terminierten Flugplan zurückzuführen seien. Dann wären die späten Ankünfte Ordnungswidrigkeiten, die jeweils mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden könnten. Darüber hinaus könnte Ryanair der wirtschaftliche Vorteil abverlangt werden, den die Fluggesellschaft aus einer späteren Landung zieht. Andere Fluggesellschaften kommen mit dem

*Eine doppelseitige
Lufthansa-
„Anzeige“ aus der
Satire-Zeitschrift
„Titanic“,
Ausgabe April.*



Nachtflugverbot in Frankfurt offensichtlich besser zurecht als Ryanair. Dazu erklärt Dietmar Treber, stellvertretender Vorsitzender der DKP/Linke Liste Mörfelden-Walldorf: „Wenn allein eine Fluggesellschaft 40 Mal in einem Monat nach 23 Uhr landet, wird das Nachtflugverbot zur Farce. Ryanair lässt sich nicht von den möglicherweise folgenden Ordnungswidrigkeiten-Verfahren beeindrucken. Ryanair schert sich auch nicht um den Schutz der Anwohner, der Beschäftigten oder der Umwelt.“ Das System des Dumpingfliegers beruht auf einem auf Kante genähten Flugplan, unter dem Beschäftigte im

Flugzeug, am Boden sowie die Passagiere zu leiden hätten, so Treber. Vor allem aber die Menschen der Region, deren Nachtruhe gestört werde. Das Übertreten und Ignorieren von Gesetzen und Regelungen zum Schutz von Menschen und Natur sei Teil des Geschäftsmodells.

Die Hessische Landesregierung darf sich nicht weiter an der Nase herumführen lassen, sondern muss endlich effektive Maßnahmen ergreifen, um das Nachtflugverbot sicherzustellen. Das ist das Mindeste, was die lärmgeplagten Menschen der Rhein-Main Region verdient haben.

Societäts-Druckerei verkauft

Die Großdruckerei, der größte produzierende Betrieb in unserem Gewerbegebiet Ost, wurde verkauft, damit auch die Zeitungen „Neue Presse“ und „Frankfurter Rundschau“. Noch hat allerdings das Kartellamt sein Votum abzugeben.

Nun geht die Angst in der Technik und auch in den Redaktionen um. Was haben die neuen Besitzer, die ZHH Zeitungsholding Hessen und der Verleger Ippen, vor? Haben die Zeitungen noch eine Zukunft? Und wie sieht es mit der „Meinungsvielfalt“ in Rhein-Main und in der BRD aus? Ippen gehört auch schon die „Offenbach Post“, die „Gießener Allgemeine“ und die „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ in Kassel.

Auch wirtschaftlich gerät die Druckerei unter Druck. „Seit Jahren gibt es Überkapazitäten im Druckgewerbe“, sagt der Medienwissenschaftler Horst Röper von Format-Institut Dortmund.

Das bewirkt einen ruinösen Wettbewerb. Und weiter meint er: „ob die Societäts-Druckerei mittelfristig erhalten bleibt, ist eine offene Frage“. Die Societäts-Druckerei hatte bis Anfang der siebziger Jahre ca. 2500 Beschäftigte. Heute sind dank neuer Technik und Rationalisierung noch 800 übrig. 300 allein in der Druckerei, tarifgebunden. Dazu kommen noch 150 mit schlecht bezahlten Werkverträgen. Per „Outsourcing“ wurden einige Bereiche der Zeitungsdruckerei in fremde Hände gegeben. Sie werden ebenfalls nicht nach Drucktarif

bezahlt. Sie zählen ja nicht mehr zur Stammbesellschaft.

Dass diese Entwicklung im Zeitungsmarkt auch Auswirkungen auf das Steueraufkommen der Stadt hat, ist keine Frage.

Danke

Wir bedanken uns für Hinweise und Ideen und für die großen und kleinen Spenden, die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19

Stadtgeschichten



Das Mörfelder Waldschwimmbad wurde an Pfingsten 90 Jahre alt. Der kluge Entschluss des damaligen Mörfelder Gemeinderats (8 Sozialdemokraten und 7 Kommunisten) zum Bau des sogenannten „Schwimm-, Luft- und Sonnenbades“ war in der damaligen Zeit schon sensationell und vorausschauend. Mörfelden war eine Arbeiterwohngemeinde und hatte damals 4500 Einwohner. Es entstand ein Becken von 100 x 25 Metern abgeteilt für Schwimmer, Nichtschwimmer und Kinder mit einem 1-Meter-, 3-Meter- und 5-Meter-Sprungturm, Umkleidekabinen sowie Liege- und Spielplätzen. Das Bad wurde am Pfingstsonntag des Jahres 1928 eingeweiht und von der Bevölkerung und den Vereinen gut angenommen. Der Eintritt betrug 20 Pfennige, Schulklassen hatten freien Eintritt. Kinder und Erwachsene konnten jetzt Schwimmen lernen. Es gab große Sportveranstaltungen und Sommernachtsfeste mit Schwimmwettkämpfen, Wasserballturnieren, Turmspringen sowie Figuren- und Fackelschwimmen. Es war schon ein Ereignis, über das landesweit gesprochen wurde. Das Bad gehörte zu den ersten seiner Art im Kreis Groß-Gerau und im ganzen Hessenland. Der damalige Bürgermeister Peter Klingler (SPD) hielt die Einweihungsrede. Im „Groß-Gerauer Kreisblatt“ am 29. Mai 1928 stand: Am ersten Tag kamen 3500 Besucher. Unser Foto aus dem Jahre 1928 zeigt den Besucherandrang nicht nur vor dem Sprungturm, sondern auch im rückwärtigen Bereich.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Spieleabend

Dienstag, 5. Juni - 20 Uhr, Eintritt frei

Irish Folk Session

Mittwoch, 6. Juni - 19:30 Uhr, Eintritt frei

Einführung in die Welt des Bienenvolkes

(mit Martin Schulmeyer, Imkerverein MW)
Freitag, 8. Juni - 20 Uhr, Spenden erwünscht

„Alle Verhältnisse umzuwerfen . . .

Karl Marx. Ökonom – Redakteur – Philosoph“
Anlässlich des 200. Geburtstags liest
Bruno Kern aus seiner Marx-Biografie
Donnerstag, 14. Juni - 20 Uhr, Eintritt frei

Veganes Brunch-Buffer

Sonntag, 17. Juni - 10:30 Uhr, Buffet gegen Spende

Spieleabend

Dienstag, 19. Juni - 20 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 21. Juni - 20 Uhr, Eintritt frei

Quiz

Freitag, 22. Juni - 20 Uhr, Eintritt frei

Bal Folk Session

Mittwoch, 27. Juni - 19:30 Uhr, Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Es gehd alles,
nur die Fresch
hibbe.